



Sitzungsniederschrift		
Gremium:	Kreistag	
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015	
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim	
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 17:43 Uhr	
Art der Sitzung:	Öffentliche Sitzung: 14:30 Uhr - 17:35 Uhr Nichtöffentliche Sitzung: 17:36 Uhr - 17:43 Uhr	

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer Vorsitzender

Arno Fickus Hans-Ulrich Ihlenfeld Landrat





Anwesend waren:

als Vorsitzender Landrat Ihlenfeld

Potje, Claus Erster Kreisbeigeordneter

Kreisbeigeordneter Rüttger, Frank Pfuhl, Reinhold Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate Bechtel, Torsten Grohe, Hans Groß, Birgit

Hebinger, Stefan (fehlte entschuldigt)

Hoffmann, Theo Kretner, Ralf Kutschke, Sabine Lorch, Lothar

Mittrücker, Norbert Dr. anwesend bis 17:30 Uhr anwesend bis 16:26 Uhr Sauer, Friedel

Schanzenbächer, Elke

Schindler, Norbert (fehlte entschuldigt)

Seelmann, Peter

Stölzel, Reinhard

Wagner, Klaus anwesend bis 17:37 Uhr Wolf, Markus (fehlte entschuldigt) Wolf, Walter anwesend bis 17:40 Uhr

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd anwesend ab 14:40 Uhr Brenzinger, Reinhard (fehlte entschuldigt)

Dormann, Jakob

Geis, Ruth

Germann, Andrea

Glogger, Christoph anwesend bis 16:40 Uhr

Hauenstein, Martina Niederhöfer, Reinhold

Poitinger, Erich

Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr.

Vogel, Adam

Wode-Buser, Martina

Wolf, Hans Dr.

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes Eschmann. Friedrich Nagel, Arnold Postel, Gerhard Rung-Braun, Heike





Stähly, Johannes

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf Magez, Pirmin Maurer, Annette Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi anwesend bis 16:00 Uhr Schrank, Edwin anwesend ab 14:40 Uhr

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang Nieland, Iris

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie

Verwaltung:

Herr Martin, Ltd. Staatl. Beamter

Frau Thomas, Abteilung 1

Herr Langenbacher, Kreiskrankenhaus Grünstadt

(anwesend Top 10, 11, 17)

Herr Kley, Abteilung 2 (anwesend TOP Herr Sluiter, Abteilung 3 (anwesend TOP 13) Herr Gmeinwieser, Abteilung 3 (anwesend TOP 13) Abteilung 3 (anwesend TOP 13) Herr Straub,

Pressereferentin Müller, Abteilung 1 Herrn Bauer, Personalrat

Frau Haas, Gleichstellungsbeauftragte

Herr Fickus, Abteilung 1, als Niederschriftführer





Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- 1. Einwohnerfragestunde
- 2. Bericht über die Arbeit der Energieagentur Rheinland-Pfalz: Regionalbüro Mittelhaardt & Südpfalz; mündlicher Vortrag
- 3. Unterrichtungs- und Kontrollrecht des Kreistages Vorlage: 012/2015
- 4. Nachwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in den Kreisgremien Vorlage: 008/2015
- 5. Nachwahl eines Mitgliedes im Werkausschuss Vorlage: 038/2015
- 6. Wahl eines weiteren Mitgliedes und von Stellvertretern in den Schulträgerausschuss

Vorlage: 120/2014/1

7. Schülerbeförderung in Förderschulen mit großem Einzugsbereich; hier: Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge

Vorlage: 025/2015

- 8. Schulentwicklungsplan des Landkreises Bad Dürkheim; Fortschreibung für den Prognosezeitraum bis 2019/2020 Vorlage: 150/2014/1
- 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim Vorlage: 118/2014/1
- Kreiskrankenhaus Grünstadt:

Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für das Kreiskrankenhaus Grünstadt Vorlage: 026/2015

Kreiskrankenhaus Grünstadt:

Aufstellung des Jahresabschlusses

Vorlage: 027/2015

Ermächtigung der Verwaltung zum Abschluss von Verträgen für die Gesamthandseigentümergemeinschaft zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-

Beseitigungsgesetz Vorlage: 022/2015

Situation Asylsuchende; Berichtsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen





Antrag der FWG-Fraktion "Keine Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen"

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

(06322) 961 - 0 (06322) 961 - 1156





Öffentlicher Teil:

Niederschrift			
zu Tagesordnungspunkt Nr. 1			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung:			
Einwohnerfragestunde			
Beschluss:			

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Winfried Wolf fragt anlässlich der Ausweitung der Evakuierungszonen rings um Atomkraftwerke an, ob bereits Beschlüsse hinsichtlich der Umsetzung bzw. konkrete Evakuierungspläne im Landkreis bestehen.

Kreisbeigeordneter Rüttger führt hierzu aus, dass die Einsatzleitung bei einem Vorfall in einem Kernkraftwerk bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion für das Land Rheinland-Pfalz liegt. In dieser Zuständigkeit sind auch Katastrophenschutzpläne vom Land zu erarbeiten und in einem nachfolgenden Schritt durch davon abzuleitende Katastrophenschutzpläne der Landkreise und kreisfreien Städte zu ergänzen. Das Land hat signalisiert, dass diese Pläne für das KKW Philippsburg voraussichtlich bis 2019 vorliegen werden. Es ist hierbei von einem neuen Evakuierungsradius von 20 km auszugehen. Dies würde die Gemeinde Haßloch betreffen.



Niederschrift			
zu Tagesordnungspunkt Ni	r. 2		
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
☑ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☒ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
einstimmig	mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung:			
Bericht über die Arbeit der	Energieagentur Rheinland-	Pfalz: Regionalbüro	
Mittelhaardt & Südpfalz;	0 0	G	
mündlicher Vortrag			
Beschluss:			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Frau Scholtissek und Herr Decken vom Regionalbüro Mittelhaardt & Südpfalz der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, tragen anhand einer Präsentation die Aktivitäten des Regionalbüros im vergangenen Jahr vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Mittrücker weist darauf hin, dass ein Gutachten über die Energieagentur Rheinland-Pfalz zu einem negativen Ergebnis komme, worauf seitens des Landes die Mittel für die Energieagentur erheblich gekürzt werden. Welche Auswirkungen dies auf das Regionalbüro habe, kann Herr Decken auf Nachfrage nicht erläu-





tern, da der Umstrukturierungsprozess gerade erst beginne. Er betont jedoch, dass im Evaluationsbericht die Arbeit im Regionalbüro positiv bewertet wurde.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Werner, ob die Klimaschutzziele in Rheinland-Pfalz erreicht werden können, sieht Herr Decken durchaus die Machbarkeit, aber auch die Notwendigkeit Maßnahmen weiter voranzutreiben. Im Bereich der Umstellung auf erneuerbare Energien stellt er aktuell einen gewissen Stillstand fest, den es zu überwinden gelte.

Der Vorsitzende kündigt an, dass die Aktivitäten des Regionalbüros auch weiterhin im Kreistag vorgestellt werden. Ebenfalls weist er darauf hin, dass das Regionalbüro sich im Rahmen des Tages der offenen Tür präsentieren wird.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 3 Drucksache 012/2015			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
	☐ entscheidend ☒ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
einstimmig	mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Unterrichtungs- und Kontrollrecht des Kreistages			
Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:



Niederschrift				
zu Tagesordnungspunkt Ni	zu Tagesordnungspunkt Nr. 4 Drucksache 008/2015			
Gremium:	Kreistag			
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015			
Sitzung / Abstimmung :				
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	⊠ entscheidend □ beratend □ □	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich		
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag		
⊠ einstimmig	mit Stimmenmehrheit:			
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen		
Tagesordnung: Nachwahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in den Kreisgremien				
Beschluss: Die in der Beschlussvorlage benannten Personen werden wie dargestellt als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in die betreffenden Kreisgremien und den Beirat für Migration und Integration gewählt.				

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

(06322) 961 - 0 (06322) 961 - 1156

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 5 Drucksache 038/2015			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
	mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Nachwahl eines Mitgliedes im Werkausschuss			
Beschluss: Herr Dr. Klaus Matthias, Weisenheim am Berg, wird als Mitglied in den Werkausschuss des Landkreises Bad Dürkheim gewählt.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. § § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 6 Drucksache 120/2014/1			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	□ entscheidend □ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Wahl eines weiteren Mitgliedes und von Stellvertretern in den Schulträgerausschuss			
Beschluss: Die in der Vorlage aufgeführten Personen werden als weiteres Mitglied und Stellvertreter in den Schulträgerausschuss gewählt.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen, durch Handzeichen, durchzuführen (vgl. §§ 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.



Niederschrift			
zu Tagesordnungspunkt Nr. 7 Drucksache 025/2015			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	⊠ entscheidend □ beratend	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
⊠ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Schülerbeförderung in Förderschulen mit großem Einzugsbereich; hier: Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge			
Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, mit den kreisfreien Städten Kaiserslautern, Neustadt/Wstr. und Ludwigshafen Verträge gemäß § 69 Abs. 7 SchulG zu schließen.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

(06322) 961 - 0 (06322) 961 - 1156

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein und weist darauf hin, dass der Abschluss entsprechender Vereinbarungen auf einen finanziellen Ausgleich zwischen den Gebietskörperschaften abzielt.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 8 Drucksache 150/2014/1			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
☑ öffentlich ☐ nichtöffentlich	⊠ entscheidend □ beratend □ □ □	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
einstimmig	☑ mit Stimmenmehrheit:		
31 JA-Stimmen	10 Nein-Stimmen	1 Enthaltungen	
Tagesordnung: Schulentwicklungsplan des Landkreises Bad Dürkheim; Fortschreibung für den Prognosezeitraum bis 2019/2020			
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·			
Beschluss: Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans wird in der vorberatenen Form beschlossen.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

(06322) 961 - 0

(06322) 961 - 1156

Der Vorsitzende erläutert den Inhalt des Schulentwicklungsplans (SEP), insbesondere geht er hierbei auf die Notwendigkeit ein, einen solchen als Grundlage für mögliche Fördermaßnahmen in der Schullandschaft des Landkreises, zu erstellen. Zur Fragestellung, ob die Physiotherapieschule in der Trägerschaft des Kreiskrankenhauses in den SEP aufzunehmen sei, wird mitgeteilt, dass dies nicht der Fall ist. Schulen in freier Trägerschaft zur Berufsqualifizierung, die keine Bildungsabschlüsse vermitteln,





sind nicht Bestandteil des SEP. Zur grundsätzlichen Entwicklung im Landkreis führt der Vorsitzende aus, dass keine Gefährdung der Schulstandorte im Landkreis gesehen werde. Die Einrichtung einer Fachoberschule an der Carl-Orff-Realschule plus in Bad Dürkheim ist mit der bisher angestrebten Fächerkombination nicht möglich, so die Gespräche zwischen Landkreis und Schulaufsichtsbehörde im Ergebnis. Es müsste zunächst eine neue Fächerkombination gefunden werden, durch die dann ein erneuter Antrag auch Aussicht auf Erfolgt hätte. Bevor jedoch ein erneuter Anlauf auf Einrichtung einer FOS erfolgt, soll anhand der Schülerzahlen ermittelt werden, ob hierfür der tatsächliche Bedarf besteht.

Hinsichtlich Schulraumbestandsblätter werde seitens der Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen, insbesondere da diese nur bei konkreten Erweiterungsmaßnahmen erforderlich sind. In Bezug auf Schüler/innen mit Migrationshintergrund hat sich durch Gespräche mit den Schulen gezeigt, dass sich keine Größenordnungen ergeben, die sich auf den SEP auswirken.

Die Schülerinnen und Schüler ins Zentrum der Überlegungen zu rücken, dazu fordert für die CDU-Fraktion Kreistagsmitglied Stölzel auf. Wichtige Bausteine in der Grundstruktur einer guten Schule stellen bauliche Ausstattung und gute Verkehrsanbindung der Bildungseinrichtung dar. Dies ist bei den Schulen des Landkreises gegeben und es bietet sich das Bild einer attraktiven Schullandlandschaft. Das Datenmaterial des vorliegenden SEP wird seitens der Fraktion als gute Grundlage für anstehende politische Entscheidungen angesehen. Zwei große Aufgaben zeichnen sich im Landkreis in Zukunft ab. Dies sind die Einrichtung der FOS in Bad Dürkheim, wobei diese eng mit der BBS zu verzahnen sei und die Einrichtung einer IGS in Lambrecht voranzutreiben.

Abschließend bittet Kreistagsmitglied Stölzel darum, zukünftig Anträge zu Beratung und Beschlussfassung im Kreistag von den Antragsstellern so in Inhalt, Ton und Art abzufassen, dass diese den Landkreis voranbringen und nicht den Kreistag in seiner Arbeit blockieren.

Keinen Einfluss des Landkreises auf gesellschaftliche Trends in Hinsicht auf die Schulwahl stellt für die SPD-Fraktion Kreistagsmitglied Dr. Wolf fest. So ist die Zielsetzung des SEP, eine Bedarfsprognose abzubilden, grundsätzlich mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Auch habe die Zuwanderung in den Landkreis noch unklare Auswirkungen, hier ist zunächst lediglich ein gewisser Trend feststellbar. Ein wichtiger Aspekt zum Erhalt einer attraktiven Schullandlandschaft wäre das Ganztagesangebot am Leininger Gymnasium in Grünstadt und am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Bad Dürkheim, wobei dies einen erheblichen finanziellen Aufwand für den Kreis bedeute, da hierzu an beiden Standorten Mensen geschaffen werden müssten. An Bedeutung gewinnen aus Sicht der Fraktion Kooperationsmodelle über die Kreisgrenzen hinaus. So würde auch eine engere Zusammenarbeit oder Kooperation mit der Stadt Neustadt a.d.W. wünschenswert.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert Kreistagsmitglied Werner, dass die Richtlinien der ADD zur Erstellung eines SEP teilweise nicht beachtet wurden. Aus Sicht der Fraktion ist die Erstellung von Schulraumbedarfsblättern wichtig und sollte einer jährlichen Überprüfung unterliegen. Die Fraktion schließt sich nicht der Auffassung an, dass kein Schulstandort im Landkreis gefährdet sein; dies werde eher kri-





tisch gesehen. Gerade am Standort Weisenheim am Berg sei es wichtig die Schule attraktiver zu gestalten und die Fraktion fordere hierzu konkrete Maßnahmen ein.

Zum Schulstandort Lambrecht stellt die Fraktion folgenden Antrag:

"Für die Realschule plus in Lambrecht fordern wir eine Initiative zur Weiterentwicklung der Schule in eine Gesamtschule ggf. als Schulversuch bzw. Modellschule mit weicheren Kriterien als denen einer IGS. Auch die Weiterentwicklung zu einer Schwerpunktschule muss ein Ziel sein. Hierfür wird die Verwaltung beauftragt unverzüglich Gespräche mit der Schulleitung, der ADD, der Stadt Neustadt und der Verbandsgemeinde Lambrecht aufzunehmen."

Auch die FWG-Fraktion sieht die Leitlinien der ADD nicht ausreichend beachtet, wie Kreistagsmitglied Rung-Braun ausführt. Die Vorberatungen und die Einwände der Fraktion hätten gezeigt, dass der SEP nicht fehlerfrei erstellt worden sei. Dies habe die Fraktion in ihren Anmerkungen bereits zum Ausdruck gebracht und stellt weiterhin fest, dass Nachbesserungsbedarf bestehe. Die Fraktion sieht ebenfalls in den Schulraumbedarfsblättern ein wichtiges Steuerungselement. Der Vorsitzende schlägt daher vor, über die Aufnahme der Schulraumbedarfsblätter in den SEP abzustimmen.

Der Vorsitzende stellt zunächst den weiterführenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Realschule plus in Lambrecht zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 30 Gegenstimmen, bei 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende die Frage, ob Schulraumbedarfsblätter zur Raumentwicklungsplanung in den SEP aufgenommen werden sollen zur Abstimmung. Die Erweiterung des SEP um Schulraumbedarfsblätter wird mit 31 Gegenstimmen zu 11 Ja-Stimmen abgelehnt.



Niederschrift				
zu Tagesordnungspunkt Nr	zu Tagesordnungspunkt Nr. 9 Drucksache 118/2014/1			
Gremium:	Kreistag			
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015			
Sitzung / Abstimmung :				
☑ öffentlich ☐ nichtöffentlich	□ entscheidend □ beratend	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich		
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag		
⊠ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:			
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen		
	Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim			
Beschluss: 1. Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim				
wird, wie in der vorberatenen Form, beschlossen.				
2. Dem Beauftragten für den Haushalt der gemeinsamen Einrichtung (gE) Jobcenter Deutsche Weinstraße werden die Bewirtschaftungsbefugnisse seitens des kommunalen Trägers (Landkreis Bad Dürkheim) gemäß § 44f Abs. 4 S. 2 SGB II übertragen. Gleichzeitig wird dieser ermächtigt, die Befugnisse auf die Bundesagentur für Arbeit (BA) weiter zu übertragen. Die Übertragung umfasst die Aufgabe Forderungseinzug für die gE, inklusive der Befugnis, Verwaltungsakte zu erlassen und die damit im Zusammenhang stehenden Widersprüche und Klagen zu bearbeiten.				

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 10 Drucksache 026/2015			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	⊠ entscheidend □ beratend	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
⊠ einstimmig	mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Kreiskrankenhaus Grünstadt; Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für das Kreiskrankenhaus Grünstadt			
Beschluss:			
Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für das Kreiskrankenhaus Grünstadt in der vorliegenden Fassung wird beschlossen.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

(06322) 961 - 0

(06322) 961 - 1156

Zur Beschlussvorlage merkt der Vorsitzende an, dass der Landkreis ein hohes Interesse an Ausbildungsmöglichkeiten in den Pflegeberufen hat. Es wird als sehr wichtig erachtet, dass Ausbildungsplätze im Kreiskrankenhaus Grünstadt vorgehalten werden und hier eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung durchlaufen werden kann.

Wie in der Sitzung des Krankenhausausschusses am 24. Februar zugesagt, teilt die Verwaltung hinsichtlich der früheren Eigentümerverhältnissen des Krankenhausgeländes mit, dass dieses am 13.12.1973 von der Stadt Grünstadt an den Landkreis





Bad Dürkheim übertragen wurde. Im Falle einer Auflösung des Kreiskrankenhauses fällt das Grundstück demnach an den Landkreis zurück.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 11 Drucksache 027/2015			
Gremium:	Kreistag		
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015		
Sitzung / Abstimmung :			
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	□ entscheidend □ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich	
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag	
⊠ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:		
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Tagesordnung: Kreiskrankenhaus Grünstadt; Aufstellung des Jahresabschlusses			
Beschluss: Der Verwaltungsdirektor des Kreiskrankenhauses Grünstadt wird ermächtigt, bei der Aufstellung des Jahresabschlusses, das Jahresergebnis des jeweiligen Geschäftsjahres ganz oder teilweise der Gewinnrücklage zuzuführen.			

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:



Niederschrift						
zu Tagesordnungspunkt Nr. 12 Drucksache 022/2015						
Gremium:	Kreistag					
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015					
Sitzung / Abstimmung :						
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	□ entscheidend □ beratend	☑ offen ☐ geheim ☐ namentlich				
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag				
⊠ einstimmig	mit Stimmenmehrheit:					
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen				
Tagesordnung: Ermächtigung der Verwaltung zum Abschluss von Verträgen für die Gesamthandseigentümergemeinschaft zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz						

Beschluss:

Der Kreistag Bad Dürkheim ermächtigt die Verwaltung, mit dem Altlastenzweckverband einen Vertrag zur Verwaltung des Gesamthandseigentums an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG genannten Grundstücken zu schließen. Der Vertrag soll im Rahmen der beihilferechtlichen Bestimmungen der Europäischen Union die laufende Unterhaltung der Anlagen in Rivenich sicherstellen, eine klare Abgrenzung zwischen den vom Verpächter zu leistenden Unterhaltungsaufwendungen und den von den Eigentümern zu leistenden Investitionen beinhalten, ferner Haftungsfragen sowie Bestimmungen nach Pachtende regeln.

Im Vertrag soll auch geregelt werden, dass absehbare notwendige Investitionen zur Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit im jährlichen Haushaltsplan des Altlastenzweckverbandes unter vorheriger Beteiligung der Gesamthandseigentümer eingestellt und durchgeführt werden sowie außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einer Größenordnung von 100.000 € p. a. ohne Zustimmung der Gesamthandeigentümer erfolgen können. In diesen Fällen ist die Information der Gesamthandseigentümer nachzuholen.





[[

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende erinnert an die EU-Entscheidungen hinsichtlich der beihilferechtlichen Bewertung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung, die letztendlich zur Bildung des Altlastenzweckverbandes führten.



Niederschrift zu Tagesordnungspunkt Nr. 13					
Gremium:	Kreistag				
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015				
Sitzung / Abstimmung :					
☐ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich			
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag			
einstimmig	mit Stimmenmehrheit:				
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen			
Tagesordnung:					
Situation Asylsuchende; Berichtsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen					
Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.					

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Zum Berichtsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt die Verwaltung die Daten anhand einer Präsentation vor, diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zum Berichtsantrag der <u>FWG-Fraktion</u> teilt die Verwaltung folgendes mit:

Die Schülerzahlen bei den Grundschulen im Landkreis wurden abgefragt. Sobald die Rückmeldungen eingehen, werden die Daten ergänzt.

Auch die Personenzahl in den Gymnasien steht in der Rückmeldung noch aus. Hier ist davon auszugehen, dass bislang wohl keine Kinder von Asylbewerber/innen in den Gymnasien eingeschult sind.





Zum Berichtsantrag der AfD-Fraktion teilt die Verwaltung folgendes mit:

- 1) Bislang liegen noch keine Informationen zur Verteilung der Bundesgelder vor. Bei entsprechender Verteilung nach Einwohnerzahlen stehen dem Land Rheinland-Pfalz 24 Mio. € in 2015 und 2016 zu. Das Land hat nach eigenen Angaben in 2014 insgesamt 41 Mio. € an die Kommunen erstattet. Das Land wird nun entscheiden, ob und in welchem Umfang diese Summe bei den Kommunen landet.
- 2) Die Auswirkungen bleiben abzuwarten. Tendenziell werden die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) weiterhin nicht alle ihnen anfallenden Kosten ersetzt bekommen.
- 3) Das Land Rheinland-Pfalz lässt in seinen Erstaufnahmeeinrichtungen ärztliche Erstuntersuchungen durchführen, insbesondere mit Blick auf hoch ansteckende Krankheiten. Außerdem wird auf freiwilliger Basis über das Programm ME-DEUS seit 2014 eine weitergehende Leistung angeboten (Erfassung Impfstatus, Impfangebot, U-Untersuchungen etc.). Eine Impfpflicht ist rechtlich unzulässig.
- 4) Nein. Allerdings werden allen Asylbewerbern Fingerabdrücke abgenommen. Außerdem gibt es gewisse Überwachungen durch den Verfassungsschutz, die Bundespolizei etc..
- 5) Der Landkreis Bad Dürkheim hat auf die Verteilung von Asylbewerbern aus sog. Sicheren Herkunftsländern keinen Einfluss. Die Zuweisungen erfolgen vom Land an den Landkreis. Vom Bund wurde angekündigt, dass in Zusammenarbeit mit den Bundesländern die Verfahren hierzu beschleunigt werden sollen. Es ist vorgesehen, diesen Personenkreis in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder zu belassen und nicht mehr in die Kommunen zu verteilen.
- 6) Im Landkreis sind zurzeit rd. 212 Personen geduldet. Diese werden wie bisher – angeschrieben und eine freiwillige Ausreise angeboten. Sollte diese nicht möglich sein, kann auch eine zwangsweise Abschiebung erfolgen. Wegen besonderen persönlichen Umständen (z.B. keine Reisefähigkeit, Erkrankung etc.) werden allerdings nicht alle Personen in ihre Heimatländer zurück gehen.

Der Vorsitzende betont, dass die Verwaltung es als erforderlich ansieht vor der Verteilung in den Landkreis, bessere und vor allen Dingen umfangreichere Informationen über die Zugewiesenen von der Erstaufnahmeeinrichtung zu erhalten. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Stiftung des Landkreises eine Summe i.H.v. 10.000,00 € für die sprachliche Förderung zur Verfügung gestellt hat. Aktuell erfolgt die Prüfung wie und wo diese Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden können.

(06322) 961 - 1156



Niederschrift					
zu Tagesordnungspunkt Nr. 14					
Gremium:	Kreistag				
Sitzung am:	Mittwoch, 04.03.2015				
Sitzung / Abstimmung :					
⊠ öffentlich □ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich			
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag			
einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:				
JA -Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen			
Tagesordnung:					
Antrag der FWG-Fraktion "Keine Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen"					

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der im Antrag formulierte Auftrag an die Verwaltung auf den Bereich des Verwaltungshandelns abzielt, der durch rechtliche Vorgaben gebunden ist und sich daher der Entscheidungskompetenz des Kreistages entzieht.

Die Fraktionsvorsitzende der FWG-Fraktion legt dar, dass der Wortlaut des Beschlussantrages als Resolution des Kreistages verstanden werden kann und hierdurch nochmals die ablehnende Haltung des Landkreises zu Windkraftanlagen im Biosphärenreservat Pfälzerwald dokumentiert werde.





Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert Kreistagsmitglied Magez die FWG-Fraktion auf, den Antrag als Resolution, ohne Arbeitsanweisung an die Verwaltung, neu zu formulieren. Dieser Aufforderung wird nicht gefolgt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag gem. § 14 Abs. 1 GeschO unzulässig ist, da der Kreistag nicht für die Beschlussfassung zuständig ist. Es findet keine Beschlussfassung statt.